

Jahresbilanz
2011

Solide Arbeit für ein
solidarisches Brandenburg.

Stand: Oktober 2011

Entscheidungen und Weichenstellungen

Für starke Kommunen

Der Landtag hat das Gesetz über die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen novelliert.

Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für die Kommunen steigen im Jahr 2011 um rund 87 Millionen Euro. Die kreisfreien Städte erhalten 14 Millionen Euro mehr und die Landkreise zusätzliche zehn Millionen Euro. Während andere Bundesländer ihren Haushalt auf Kosten der kommunalen Finanzkraft konsolidieren, sollen in Brandenburg 2012 die allgemeinen Schlüsselzuweisungen um rund 167 Mio. € erhöht werden.

Reiche Kommunen werden ab 2012 erstmals Abgaben für arme Gemeinden zahlen. Dazu sollen Gemeinden mit hohem Steueraufkommen einen Teil ihrer Steuereinnahmen als Finanzausgleichsumlage abgeben. Für Kommunen mit besonders hohen Bevölkerungsrückgängen wird ein Demografiefaktor bei der Berechnung der Zuschüsse des Landes eingeführt.

Mit zehn Millionen Euro will Rot-Rot ab 2012 die Zusammenarbeit von Kommunen fördern und neue Fusionen anstoßen. Allerdings soll es keine Kopfpauschale geben, mit der fusionierte Gemeinden je nach Einwohnerzahl Landesgeld bekommen. Daneben forcierte DIE LINKE ein ganz neues Anreiz-Modell für Fusionen. Ein Teil der wegen der guten Konjunkturlage steigenden Steuereinnahmen soll in einen Fonds fließen, aus dem die Schulden fusionierender Gemeinden teilweise bezahlt werden. Eine Strukturreform „per Gesetz“ werde es in der jetzigen Wahlperiode nicht geben

Brandenburgs Kommunalstrukturen kommen auf den Prüfstand. Mit ihnen wird sich eine von der CDU angelegte Enquetekommission beschäftigen, die der Landtag im April einstimmig einsetzte. Sie soll die Ergebnisse vergangener Reformen zu Ämtern, Landkreisen und Gemeinden untersuchen, um daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Hauptziel ist eine bürgernahe Verwaltung, die unter dem Druck sinkender Einwohnerzahlen Bestand hat. Als ein wesentlicher Punkt gilt die künftige Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen. Der Enquetekommission gehören sieben Landtagsabgeordnete und sieben Sachverständige an. Zum Vorsitzenden wählte das Parlament den Linkspolitiker und früheren Bürgermeister von Königs Wusterhausen, Stefan Ludwig. Nach einem Zwischenbericht im Sommer kommenden Jahres soll das Gremium seine Ergebnisse im zweiten Quartal 2013 vorlegen.

DIE LINKE hatte im Vorfeld auf eine zahlenmäßig größere Kommission mit je zehn Abgeordneten und Sachverständigen gedrängt, konnte sich aber nicht durchsetzen. Dafür wurde ihre Forderung erfüllt, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Sitz und Stimme bekommen.

Die Koalition will zudem die kommunale Daseinsvorsorge stärken. Der Landtag beschloss im April ein entsprechendes Gesetz. Damit werden für die Kommunen die Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung erweitert. Bisher galt der Vorrang der Privatwirtschaft - nun müssen Kommunen erst dann Aufgaben an Private übertragen, wenn diese wirtschaftlicher sind.

Bildung: Mehr Neueinstellungen von Lehrern als geplant

Auf Drängen der Fraktion DIE LINKE einigten sich die beiden Koalitionsfraktionen mit der Landesregierung darauf, im kommenden Schuljahr mindestens 250 Lehrkräfte statt der bisher geplanten 150 einzustellen. Insgesamt wird die Zahl der in der laufenden Legislaturperiode neu einzustellenden Lehrer von 1250, wie noch im Koalitionsvertrag von 2009 vorgesehen, auf jetzt 2000 erhöht.

Damit werden die Rahmenbedingungen für guten Unterricht verbessert und es kann verhindert werden, dass junge, gut ausgebildete Lehrkräfte jetzt das Land verlassen, sich in einem anderen Bundesland Arbeit suchen und im nächsten Schuljahr dann Brandenburg nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Die LINKE sieht in dieser Maßnahme einen Schritt, um dem drohenden Lehrkräftemangel vorzubeugen.

Die zusätzlich eingestellten Lehrkräfte sollen genutzt werden, um Unterrichtsausfall zu minimieren und die Voraussetzung dafür schaffen, dass Lehrkräfte zur Fort- und Weiterbildung im Rahmen der Vorbereitung der inklusiven Schule freigestellt werden können.

Gleichzeitig werden die Plätze für Referendare im kommenden Schuljahr um weitere 150 erhöht, so dass sich die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt dann auf 900 erhöht. Auch darin sieht DIE LINKE ein wichtiges Signal zur künftigen Deckung des Lehrkräftebedarfs.

Die Koalition hat zudem Maßnahmen zur Qualitätssicherung an den Schulen ergriffen - so u.a. zur Intensivierung der Leseförderung, zur Stärkung des Grundwortschatzes für die Klassen 1 bis 4 und zur Definition von Basiskompetenzen.

Als Konsequenz aus den Ergebnissen des Ländervergleichs wurde eine Fortbildungsoffensive für Englischlehrer gestartet.

Die Lehrerausbildung im Land soll reformiert werden. Mit dieser Zielrichtung wurde ein Konzept zur Lehrerbildung beschlossen, das als Grundlage für ein neues Lehrerbildungsgesetz dienen wird. Mit diesem Gesetz stellt sich die Koalition den Anspruch, künftig mehr Lehrkräfte, in den richtigen Fächern, für die entsprechenden Schulstufen, auf hohem fachlichen und pädagogischen Niveau auszubilden.

Die Koalition hat zum Jahresbeginn das Brandenburger Schüler-Bafög-Gesetz geändert und damit sicher gestellt, dass Schüler, die Hartz IV-Leistungen erhalten, nicht vom Bezug des Schüler-Bafög ausgeschlossen werden. Durch die Gesetzesänderung wurde die Anrechnung des Schüler-Bafögs auf Leistungen des Bundes verhindert. Brandenburg zahlt künftig nur noch Geld für Bildungsangebote, die nicht schon vom Bund abgedeckt werden, beispielsweise für Schulbücher, Drucker, Computer, Vereinsbeiträge oder Mitgliedschaften in Bibliotheken. Bisher erhalten 1000 Jugendliche in Brandenburg Schüler-Bafög, etwa 44 Prozent aus Hartz-IV-Familien. SPD und DIE LINKE wollen mit dem 2010 eingeführten Schüler-Bafög die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung fördern - und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. Die Nachfrage nach diesem bundesweit einmaligen Angebot ist groß. Schon in den ersten Wochen bis zum 25. November 2010 waren über 1.600 Anträge gestellt.

Kita-Wahlversprechen eingelöst

Die geplanten 900 zusätzlichen Stellen konnten zu Jahresbeginn auch tatsächlich besetzt werden. Völlig neu eingestellt wurden rund 450 Erzieherinnen und Erzieher, bei den übrigen 450 Teilzeitkräften werden die Beschäftigungsumfänge erhöht.

Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels war ein zentrales Wahlversprechen der rot-roten Koalition. Denn Kitas sollen inzwischen einen Bildungs- und nicht nur einen Betreuungsauftrag erfüllen. Statt bislang sieben hat eine Erzieherin im Krippenbereich nun rechnerisch sechs, bei den Älteren zwölf statt 13 Kinder zu versorgen.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist das Ende der Fahnenstange bei der Personalausstattung der Kitas noch nicht erreicht. „Bei entsprechenden finanziellen Möglichkeiten sollten weitere folgen“, erklärte die bildungspolitische Sprecherin der LINKEN, Gerrit Große.

Landesregierung bildet wieder aus und eröffnet Einstellungskorridore

Seit 2006 wurden keine Auszubildenden für die Finanzämter in Brandenburg mehr eingestellt. Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) hat unverzüglich die Wiederaufnahme der Ausbildung neuer Bediensteter in der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg durchgesetzt. Nachdem 2010 erstmals 15 neu eingestellte Anwärter aus Brandenburg die zweijährige Ausbildung aufgenommen haben, hat sich 2011 die Zahl der eingestellten Anwärterinnen und Anwärter auf 30 verdoppelt.

Haushalt

Im Sommer vergangenen Jahres hatte DIE LINKE in Brandenburg eine politische Strategie für die Bewältigung der Herausforderungen angesichts des absehbaren Rückgangs des Haushaltsvolumens in den nächsten Jahren erarbeitet („Soziale Verantwortung mit weniger Geld“); im März 2009 fand diese Strategie mit dem Leittrag des Landesvorstandes die Zustimmung des Landesparteitages.

Ende vergangenen Jahres wurde im Landtag der Etat 2011 beschlossen. Er sieht Ausgaben von gut zehn Milliarden Euro vor. Rot-Rot bezeichnet den Entwurf als "sozial ausgewogen". Die Ausgaben des Landes für Bildung und Arbeit steigen auf fast 1,5 Milliarden Euro und erreichen damit knapp 15 Prozent der Gesamtausgaben.

Die Koalitionsfraktionen hatten in einigen Punkten nachgebessert: Ein Plus von 43 Millionen Euro für Kitas und von 3,2 Millionen Euro für das Schüler-Bafög. Für das neue Bafög des Bundes werden die Landesmittel um 6,7 Millionen Euro aufgestockt. Die Zuschüsse zur Stärkung der Exportfähigkeit einheimischer Unternehmen steigen um 17 Prozent auf knapp 1,5 Millionen Euro. Das Geld stammt aus dem in der Finanzkrise eingeführten, aber kaum nachgefragten Hilfsfonds für Unternehmen. Die Mittel für Gemeinden und Gemeindeverbände, um regionale und kommunale Energiekonzepte zu erstellen, wachsen auf das Doppelte von 600 000 Euro. Auch soll mehr Geld fließen, um die Deichsanierung zum Hochwasserschutz zu beschleunigen, die politische Bildung und die Ausbildung von Altenpflegern zu verbessern.

Mit der Vorlage des Entwurf des Haushaltsplans 2012 der Landesregierung ist es unter schwieriger werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen Rot-Rot gelungen, die politischen Schwerpunktprojekte aus der Koalitionsvereinbarung weiter voran zu treiben und finanziell abzusichern. Gleichzeitig wird die geplante Neuverschuldung im Vergleich zu 2011 um weitere 170 Mio. Euro zurückgefahren. Dabei handelt es sich um eine Kreditermächtigung. Wie viel davon tatsächlich in Anspruch genommen wird, wird der Haushaltsvollzug zeigen. Damit wird unbeirrt am Konsolidierungskurs mit sozialen Augenmaß festgehalten. Rot-Rot wird im Jahr 2014 ohne Neuverschuldung auskommen.

An den bildungspolitischen Zielen werden keine Abstriche gemacht. So umfasst der Etat des Bildungsministeriums ohne die beschlossenen Tarif- und Besoldungssteigerungen 1,4379 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2011 macht dies eine Differenz von 1,4 Millionen Euro aus. Auch die Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft werden 2012 im Vergleich zu 2011 um 4,8 Millionen Euro auf insgesamt 152,3 Millionen Euro aufgestockt und so der aktuellen Schülerzahl angepasst. Damit ist klar: Für die eigentliche Absicherung des Unterrichts, der Lehrerbildung/Fortbildung, der Weiterbildung und bei der Finanzierung der Kindertagesstätten gibt es keine Kürzungen in den Haushaltsansätzen!

Die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses und die in den Eckwerten 2012 noch nicht berücksichtigten so genannten Altanschießerbeiträge werden zu zusätzlichen Ausgaben führen, die aber durch die prognostizierten Steuermehreinnahmen gedeckt werden können. Gleichzeitig sind diese Ausgaben aus zusätzlichen Rechtsverpflichtungen dafür verantwortlich, dass das Haushaltsvolumen im Vergleich zu 2011 geringfügig steigen wird. Eine weitere Absenkung der Nettokreditaufnahme wird auch deshalb von der Fraktion DIE LINKE abgelehnt. Dies würde zu weiteren Einschnitten bei den dringend notwendigen Investitionen des Landes führen. Am Ende würde das Land kaputt gespart.

Über Brandenburgs Landeshaushalt für das nächste Jahr ist es im Landtag zum erwarteten Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition gekommen. Die Finanzkrise von 2009 sei noch nicht zu Ende, sagte Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) in der ersten Lesung des rund zehn Milliarden Euro umfassenden Etats. Die rot-rote Regierung halte an ihrem Konsolidierungskurs „mit sozialem Augenmaß“ fest. Der Minister betonte, die Nettokreditaufnahme könne - anders als von der Opposition gefordert - wegen der Risiken der weltweiten Finanzkrise nicht sofort auf Null gesenkt werden.

Brandenburg treibt Initiative für Finanztransaktionssteuer voran

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) hat im EU-Ausschuss der Regionen die Aufgabe übernommen, eine Initiativstellungnahme des Ausschusses vorzubereiten, mit der der Kommissions-Vorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterstützt werden soll. „Die gegenwärtige Debatte um die Finanztransaktionssteuer befürworten wir als Teil einer notwendigen Regelung des Finanzmarktsektors. Steuerfinanzierte Rettungspakete sind nur ein Teil der Lösung der Schuldenkrise“, erklärte der Minister. Über die Finanztransaktionssteuer hinaus müssten Wertschöpfung und Beschäftigung in den von der Krise betroffenen Ländern gefördert werden. Jetzt komme es darauf an, dass der Kommissionsvorschlag zügig beraten wird und in allen Mitgliedsländern der EU sowie möglichst auch weltweit eine solche Finanztransaktionssteuer eingeführt wird.

Bessere medizinische Versorgung im ganzen Land

Mit einem Konzept für die „Künftige Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg“ werden die Anstrengungen aller Akteure gebündelt.

Gemeindegewestern sollen Ärzte weiter und besser bei der medizinischen Versorgung auf dem Land unterstützen. Das neue und bundesweit einmalige Projekt "Agnes 2" startete am 1. Januar in Lübbenau, Kyritz, Bad Belzig, Cottbus und Fürstenwalde. Die neuen Versorgungsassistentinnen sollen die Ärzte auf dem Land entlasten, beispielsweise Blutdruck oder Blutzucker messen. "Vor allem die hausärztliche Betreuung von Patientinnen und Patienten in ländlichen Regionen kann davon profitieren", sagte Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE) in Potsdam.

Die Möglichkeiten der Telemedizin werden immer stärker für eine bessere Betreuung und für mehr Lebensqualität von Patientinnen und Patienten genutzt. Unter anderem wird erstmals eine Regelversorgung für chronisch herzinsuffiziente Patientinnen und Patienten, insbesondere in strukturschwachen Regionen, gewährleistet. Den Patientinnen und Patienten sowie ihren Angehörigen werden lang dauernde Fahrten erspart.

Im Rahmen der Krankenhausplanung haben wir den Krankenhäusern mehr Planungssicherheit gegeben. Bei der Abrechnung und Vergütung von erbrachten Leistungen sind sie dadurch gestärkt.

Im Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg kümmert sich das Land um die Entwicklung und praxisorientierte Anwendung.

Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm 2011 – 2014

Das Programm soll die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranbringen und helfen, strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Es ist mit anderen Schwerpunktprogrammen und Projekten der Landesregierung eng verzahnt. So wird beispielsweise der geschlechtersensible Blick bei der Fortschreibung des Familien- und Kinderpolitischen Programms, bei der Erarbeitung des Seniorenpolitischen Maßnahmenpaketes, bei Maßnahmen der Arbeitspolitik sowie bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie geschärft. Das Programm ist auf beide Geschlechter gerichtet, weil ein Veränderungsprozess des Verhältnisses der Geschlechter zueinander kein einseitiger Prozess sein kann. Damit verfolgt sie den doppelstrategischen Ansatz der Europäischen Union – der Einheit von Frauenförderung und Genderpolitik. Insofern wird dieses Programm mit dem Prozess zur landesweiten Implementierung von Gender-Mainstreaming verzahnt.

Das Landesgleichstellungsgesetz wird in diesem Sinne verändert. Bei der Erarbeitung waren alle Ressorts intensiv eingebunden; die Abstimmung mit dem Frauenpolitischen Rat war eng. Entsprechend positiv sind jetzt die Wertungen von dort.

40 Projekte für „aktives Alter(n) in Brandenburg“

Die seniorenpolitischen Leitlinien sind aktualisiert und mit 40 konkreten Maßnahmen umgesetzt worden. Die Koalition verfolgt damit eine „Politik des aktiven Alterns“. Es geht um Rahmenbedingungen, die eine Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bürgerschaftlichen Leben ermöglichen und fördern. Dies setzt auch eine altersgerechte, barrierefreie Gestaltung von Wohnraum und Infrastruktur voraus. Außerdem unterstützt die Landesregierung den Wunsch Älterer mit Pflegebedarf, so lange wie möglich im vertrauten Umfeld bleiben zu können. Ambulante Pflege hat Vorrang.

Die 40 Maßnahmen für die Zeit bis Ende 2014 setzen Schwerpunkte in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Ehrenamtliches Engagement, Gesundheit und Sport sowie Bildung, Kultur und Tourismus. Zahlreiche Verbände, Vereine und Institutionen haben an der Entwicklung des Pakets mitgewirkt.

Die bislang gültigen seniorenpolitischen Leitlinien stammen aus dem Jahre 2007.

Vergabegesetz beschlossen: Mindestlohn garantiert

Öffentliche Aufträge sind in Brandenburg künftig an die Zahlung eines Mindestlohns von acht Euro gekoppelt. Ein entsprechendes Vergabegesetz verabschiedete der Landtag im August mit der Regierungsmehrheit von SPD und DIE LINKE. Das unter Federführung von Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) entstandene Gesetz tritt zum Jahresbeginn 2012 in Kraft. Eine Kommission wird künftig die Höhe des Bruttostundenlohns überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorschlagen.

Heikelster Punkt war die Frage, ob die Regelung auch auf die Auftragsvergabe der Kommunen ausgeweitet werden soll. Für die Kommunen gilt, wenn sie öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben, die Mindestlohn-Regelung nun auch. Für den erhöhten Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung des Gesetzes soll ein finanzieller Ausgleich gewährt werden. Für den erwarteten Mehraufwand der Kommunen steht eine Ausgleichssumme von 6,5 Millionen Euro bereit.

Das Gesetz soll auch für Aufgabenübertragung an private Dritte gelten. Für den öffentlichen Personennahverkehr wird eine Tarifregelung gelten.

Der Landtag beschloss Ende August zudem mit dem Entschließungsantrag "Ökologisierung der Wirtschaft" Ökokriterien bei öffentlicher Vergabe.

InnoBB – Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg

Die Strategie zielt darauf ab, die Hauptstadtregion zu einem einheitlichen Innovationsraum zu entwickeln und dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen zu stärken. Im Mittelpunkt der Strategie steht der Ausbau bereits bestehender, länderübergreifender Zukunftsfelder zu Clustern mit hohem Entwicklungspotenzial. Die Cluster Gesundheitswirtschaft und Energietechnik sind bereits gegründet worden. In Kürze geht das länderübergreifende Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik an den Start. Weitere Innovationsverbünde IKT, Medien, Kreativwirtschaft sowie Optische Technologien, Mikrosystemtechnik werden derzeit vorbereitet.

Die Strategie, deren Entwurf im Dezember 2010 öffentlich vorgestellt wurde, ist zwischen den Wirtschafts- und Wissenschaftsressorts beider Länder abgestimmt und wird kontinuierlich umgesetzt und weiter ausgebaut.

Landestourismuskonzeption 2011 – 2015

Die brandenburgische Tourismuswirtschaft hat sich im ersten Jahr der neuen Landesregierung sehr gut entwickelt und als krisenfest gezeigt. Basis dafür ist eine profilierende, zukunfts- und wettbewerbsfähige touristische Infrastruktur und ein professioneller, moderner Marktauftritt. Die zukünftige Tourismusentwicklung soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, die Erschließung und Entwicklung der mit hohem Aufwand etablierten Infrastruktur weiter voranzutreiben. Die geschaffenen Wertschöpfungspotenziale sollen durch innovative und marktorientierte Produktentwicklung in vollem Umfang genutzt werden. Die Bearbeitung branchenübergreifender Themen und Herausforderungen wie Fachkräftebedarf, Mobilität, Barrierefreiheit und Klimawandel soll vor dem Hintergrund der besonderen Anforderungen und Potenziale des Tourismus zukünftig noch intensiviert werden.

Gleichermaßen von grundlegender und im Rahmen des Wettbewerbs der Zielorte (Destinationen) steigender Bedeutung für die Tourismusentwicklung ist das Image des Landes Brandenburg.

Dieses wird jedoch nicht nur durch den Tourismus, sondern durch eine Vielzahl weiterer Faktoren und Bereiche geprägt. Nur wenn es gelingt, Brandenburg als weltoffenes Land zu präsentieren und entsprechende Erwartungen einzulösen, kann die Erschließung internationaler Marktpotenziale, für die mit der Eröffnung des Internationalen Flughafens Berlin-Brandenburg eine neue, herausragende Ausgangsbasis bereit gestellt wird, nachhaltig vorangetrieben werden.

Rechtsstaat: BVerfG bestätigt Brandenburgs Nein zum Sicherungsverwahrungs-Modell der Bundesregierung

Brandenburg hatte sich Ende 2010 im Bundesrat als einziges Bundesland gegen die derzeit geltenden Neuregelungen der Sicherungsverwahrung ausgesprochen. Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) hatte verfassungsrechtliche Bedenken geäußert; die Sicherungsverwahrung unterscheide sich nicht deutlich genug von einer Straftat. Sie dürfe nur das letzte Mittel der Strafrechtspolitik sein. "Es muss eine Balance hergestellt werden zwischen dem Strafrecht und dem berechtigten Sicherheitsinteresse der Menschen."

Diese Haltung wurde jetzt durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt.

Berlin und Brandenburg haben bereits ein Konzept für die Sicherungsverwahrung vorgelegt. Ziel ist es, Sicherungsverwahrung durch eine individuelle Betreuung der Straftäter zu vermeiden. "Wir wollen eine wirkliche Chance eröffnen", sagte Schöneburg bei der Vorstellung. Basis einer Neuordnung der Sicherungsverwahrung soll eine qualifizierte Diagnose bereits zu Beginn der Straftat sein, so Schöneburg und seine Berliner Amtskollegin, Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD). Durch spezielle Therapieprogramme soll die Haft so ausgerichtet werden, dass die darauf folgende, gerichtlich angeordnete Sicherungsverwahrung vermieden werden kann.

Im Landtag Brandenburg hatte Schöneburg eine frühzeitige Therapie der Täter schon im Strafvollzug angekündigt, um die spätere Sicherungsverwahrung "möglichst zu vermeiden". Der Umgang mit den zur Sicherungsverwahrung Verurteilten sei sehr schwierig, weil sie ihre Perspektive als aussichtslos sähen, sagte der Minister weiter. Je früher mit einer Therapie begonnen werde, umso höher sei die Wahrscheinlichkeit einer günstigen Prognose.

Alle 25 Amtsgerichte bleiben erhalten

Alle 25 brandenburgischen Amtsgerichte bleiben nach dem Willen der rot-roten Landesregierung erhalten. Das Kabinett verabschiedete den Gesetzentwurf zur Gerichtsneuordnung, der bis Ende 2011 vom Landtag behandelt werden soll. "Die Justiz bleibt in der Fläche präsent", sagte Justizminister Volkmar Schöneburg (DIE LINKE). Mit der Zustimmung zu dem Gesetz „endet eine lange Phase des Stillstands“, so Schöneburg.

Polizeireform

Im Landtag hat die Koalition nach der Formulierung klarer Vorgaben einstimmig die im Land umkämpfte Polizeistrukturreform beschlossen. Rot-Rot betont, dass es keinen Anlass für Sorgen um die Sicherheit gibt. Die Polizeipräsenz in der Fläche des Landes bleibt weiterhin erhalten. Auch der Streifendienst ist im bisherigen Umfang gewährleistet und die flächendeckende Präsenz der Revierpolizisten wird nicht angetastet. Also werden alle 1.870 Streifenpolizisten und 549 Revierpolizisten weiter Dienst tun. Die Interventionszeiten sollen sich nicht verschlechtern. Die Reform sieht die Zusammenlegung der beiden Polizeipräsidien in Potsdam und Frankfurt (Oder) zu einem Präsidium in Potsdam vor. Anstelle der 15 Schutzbereiche wird es künftig vier Polizeidirektionen geben.

Die konkreten Regelungen liegen nunmehr vor. Entgegen ursprünglichen Planungen sollen die Wachenstandorte als Polizeistandorte erhalten bleiben. Aus den derzeit 50 Polizeiwachen sollen künftig 16 Inspektionen und 33 Reviere gebildet werden.

Im Mai hat der Landtag die von der GdP auf den Weg gebrachte und mit 97.000 Unterschriften unterstützte Volksinitiative angenommen.

Die namentliche Kennzeichnung der brandenburgischen Polizisten kommt im Jahr 2013. Der Innenausschuss des Landtags hat die Einführung der Kennzeichnungspflicht Anfang Mai beschlossen. Der Abgeordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) erinnerte daran, dass dieses Vorhaben auf Wunsch der Linkspartei in die Koalitionsvereinbarung mit der SPD aufgenommen wurde. Das Tragen von Schildern kann laut Scharfenberg Vertrauen und Bürgernähe stärken.

Nachhaltigkeitsstrategie

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die brandenburgische Politik „am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“ auszurichten. Dazu hat die Landesregierung jetzt entsprechende Eckpunkte beschlossen, die von Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) unter Mithilfe des Nachhaltigkeitsbeirates vorbereitet wurden. Sie skizzieren die politische Ausgangssituation und benennen fünf Schwerpunktbereiche: Wirtschaft und Arbeit, Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer, Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel, zukunftsfähige Finanzpolitik und nachhaltige Bildungslandschaft. Auf dieser Grundlage wird jetzt eine Landes-Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, mit deren Hilfe der Gedanke der Nachhaltigkeit in der Politik verankert werden soll. Mit einer Fachkonferenz „Mehr Nachhaltigkeit für Brandenburg“ hat die Landtagsfraktion DIE LINKE den Aufschlag für eine breite öffentliche Diskussion gemacht. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Verbände und gesellschaftlicher Institutionen haben dort die Eckpunkte kommentiert und ihre Erwartungen an den Nachhaltigkeitsprozess formuliert. Die Auftaktveranstaltung für die landesweite Debatte findet im Dezember statt.

Energiewende: Atomausstieg – Ausbau Erneuerbarer Energien – Braunkohle und CCS

Brandenburg hat seit 2008 jetzt zum zweiten Mal den „Leitstern“ gewonnen, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) für das nach ihrer Analyse führende Bundesland beim Ausbau erneuerbarer Energien vergeben. Von der EU-Kommission wurde Brandenburg als Exzellenz-Region mit einem "intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum" im Sinne der Strategie "Europa 2020" ausgezeichnet.

Demnächst wird Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) die neue Energiestrategie "Brandenburg 2030" präsentieren. Angesichts der Atomkatastrophe in Japan hat der Landtag mit den Stimmen der Koalition und der Grünen bereits vor der Atomausstiegs-Entscheidung im Bund eine grundlegende Wende in der Energieversorgung gefordert. Dazu gehören der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomkraft und der Ausbau erneuerbarer Energien. Im Bundesrat hat Brandenburg gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bre-

men, Hamburg und Rheinland-Pfalz einen Gesetzentwurf für einen zügigen Ausstieg aus der Atomkraft eingebracht. Ministerpräsident Platzeck und Wirtschaftsminister Christoffers boten in der Länderkammer an, die Erfahrungen Brandenburgs mit seinen Windparks, Solarfeldern, Biogasanlagen und dem im Bau befindlichen Hybridkraftwerk zu nutzen.

Brandenburg hatte zudem gemeinsam mit vier weiteren Ländern vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die ursprünglich von Schwarz-Gelb durchgedrückte längere Nutzung der Atomenergie geklagt. Begründet worden war dies mit der hohen energie- und umweltpolitischen Bedeutung des Änderungsgesetzes. Die von der Bundesregierung 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung erschwere auch die Umstellung auf umweltschonende Energieerzeugung, wird argumentiert. Gerade auf diesem Gebiet ist Brandenburg führend. Auch die Oppositionsfraktionen im Bundestag, SPD und Grüne, klagen gegen die längere Nutzung der Atomenergie vor dem Verfassungsgericht.

Das stark umstrittene Bundesgesetz zur unterirdische Speicherung von Kohlendioxid ist im Bundesrat gescheitert. Es sollte u.a. ermöglichen, dass das bei der Kohleverbrennung entstandene CO₂ abgetrennt und über Pipelines in unterirdische Lager gepresst werden darf (CCS).

Nach einer teils hitzigen Debatte über die vom Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) erteilte Genehmigung des Hauptbetriebsplans für die Erkundung einer Speicherstätte bei Beeskow (Oder-Spree) zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (CCS) hatte die Landesregierung im Februar die hohen Anforderungen der Koalition an ein Bundes-CCS-Gesetz bekräftigt. Mit dem Positionspapier wurde neben den technischen und Sicherheitsbedingungen auch erneut erklärt, dass es eine "Lex Brandenburg" nicht geben dürfe. Eine bundesweite Regelung dürfe keine "versteckten Ausstiegsklauseln" für Länder enthalten. Die war dann aber doch im Bundesgesetz enthalten; Brandenburg erhob im Bundesrat dagegen Einspruch.

Die Genehmigung des Hauptbetriebsplanes hatte Anfang des Jahres Irritationen und heftige Kritik an Minister Christoffers ausgelöst, obwohl damit noch kein Start von Erkundungsarbeiten verbunden war. DIE LINKE-Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und der Landesvorsitzende der LINKEN, Thomas Nord, sprachen in einer gemeinsamen Erklärung von einer zwar "formal juristisch begründeten" Genehmigung, die aber "in der jetzigen Situation problematisch" sei, weil unklar war, ob die von Rot-Rot vereinbarten Mindeststandards sich in einem Bundesgesetz wiederfinden würden. Minister Christoffers sicherte zu, seine Entscheidung künftig besser zu kommunizieren.

Der Landesparteitag der LINKEN unterstützte die Position der Koalition, wie sie seit Dezember 2009 unter Federführung von Wirtschaftsminister Christoffers entwickelt worden war. Man werde die Technologie auch nicht gegen den Willen der Bevölkerung erproben. Probebohrungen würden nicht mit Hilfe der Polizei durchgesetzt werden. Forderungen nach einer Neupositionierung der Koalition setzten sich nicht durch.

Dialog zur Energiepolitik

Brandenburger können sich seit kurzem mit ihren Fragen zur Energiepolitik an die Landesregierung wenden. Als bundesweit erstes Land hat Brandenburg sich für einen Internetdialog zur Energiepolitik entschieden, sagte Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE). Der Dialog wird über das Portal "direktzu" ermöglicht, über das bereits Spitzenpolitiker von Bund und Ländern mit den Bürgern kommunizieren. (www.direktzu.de/energiepolitik-Brandenburg)

Dort könnten Bürger an 365 Tagen im Jahr ihre Fragen zu Themen wie erneuerbare Energieträger, konventionelle Kraftwerke, CCS-Technik zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ und Stromnetze stellen, hieß es. Angesichts von Akzeptanzproblemen bei der Umsetzung von Energieprojekten sollten alle Möglichkeiten für Kontakte genutzt werden.

Rot-Rot beendet Privilegierung von Vattenfall

Die bisherige Vergünstigung für den Braunkohletagebau beim Wassernutzungsentgelt soll nach dem Willen der rot-roten Landesregierung zukünftig entfallen. Das Kabinett beschloss im Rahmen der Novellierung des Wassergesetzes die stufenweise Erhöhung des Entgelts für Wasser, das für die Freihaltung von Tagebauen abgepumpt und einer Nutzung zugeführt wird. Von derzeit zwei Cent pro Kubikmeter ist 2012 eine Steigerung auf sechs Cent und ab 2014 auf insgesamt zehn Cent pro Kubikmeter geplant. Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) sagte, die Privilegierung des Bergbaus, die erst 2004 eingeführt wurde, werde nun wieder gestrichen. Die Ministerin rechnet mit Zusatzeinnahmen von rund 2,5 Millionen Euro im Jahr. Diese sollen zweckgebunden für wasserwirtschaftliche Aufgaben wie Gewässer- und Hochwasserschutz verwendet werden.

Hochwasserschutz

Die Extremniederschläge im Sommer und Herbst 2010 und die Schneemengen im Winter 2011 führten zu einer Ausnahmesituation im Hochwasserschutz: Hochwasseralarm gab es unter anderem an Oder, Neiße, Dahme, Elster, Spree und Löcknitz. Das Oderbruch wurde von einem Binnenhochwasser heimgesucht, bei dem monatelang Keller und Äcker unter Wasser standen.

Die rot-rote Landesregierung hat einen Fahrplan zu verbessertem Hochwasserschutz auf den Weg gebracht. Bei einer vom Umweltministerium ausgerichteten Hochwasserkonferenz im Februar wurden die Hochwasserereignisse ausgewertet und Schlussfolgerungen abgeleitet. Im Vordergrund steht die Reparatur der akuten Hochwasserschäden an den Deichen. Vorbeugender Hochwasserschutz soll vor allem durch die zügige Erstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen verbessert werden, wobei den kleineren Flüssen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als bisher. Die Schaffung neuer Überflutungsflächen soll künftige Hochwasserschäden vermeiden helfen.

Für das Oderbruch wurde bereits im Herbst eine Arbeitsgruppe aus Akteuren des Landes und der Region eingesetzt, um dem Binnenhochwasser zu begegnen. Ein 2008 begonnenes Investitionsprogramm zur Verbesserung des Wasserabflusses wird beschleunigt. Für die laufende Gewässerunterhaltung werden wieder mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

Mehrheit im Landtag will unterirdische Stromkabel

Die Koalitionsfraktionen haben mit einem Antrag im Landtag die Erdverkabelung beim Ausbau der Stromnetze präferiert. Auch Bündnis 90/Die Grünen und die FDP setzten sich dafür ein. Die Parteien erhoffen sich so eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung sowohl für den Ausbau der Netze als auch für Erneuerbare Energien. Neue Freileitungen stoßen vor Ort immer wieder auf Protest. Der jüngste Antrag fordert die Landesregierung nun auf, sich für die Beseitigung von Hindernissen bei der Erdverkabelung einzusetzen. Die anfallenden Mehrkosten sollten bundesweit umgelegt und weitere Teilerdverkabelungen für 380-kV-Höchstspannungsleitungen ermöglicht werden.

Grenzen für die „Grüne Gentechnik“

Mit der rot-roten Mehrheit hat der Landtag im September Position zur Unterstützung gentechnikfreier Landwirtschaft bezogen. Der Antrag bezeichnet die Anwendung Grüner Gentechnik als problematisch und begrüßt den Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Darüber hinaus legt er unter anderem fest, dass Landesflächen gentechnikfrei bleiben sollen und dass gentechnikfreie Regionen unterstützt werden. Damit wird eine klare Ablehnung des Landtages zum kommerziellen Anbau formuliert. Das geht deutlich über den Koalitionsvertrag hinaus und ist ein Erfolg für DIE LINKE. Auf der anderen Seite wird die Forschung

zu Risiken und Chancen der Gentechnik unterstützt – ein Kompromiss, der bereits im Koalitionsvertrag eingegangen wurde. Die damit möglicherweise verbundene Freisetzung ist aber auf viel kleinere Flächen begrenzt als der kommerzielle Anbau und unterliegt, vor allem seit dem „Honig-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes, hohen Genehmigungshürden. Der jetzt beschlossene Antrag trägt insgesamt ganz klar eine gentechnikkritische Handschrift und unterscheidet sich kaum von einem Antrag, den DIE LINKE 2007 in der Opposition eingebracht hatte.

Landesstraßenbedarfsplanung

Rot-Rot hat sich in Sachen Autoverkehr bewusst beschränkt – die Landesregierung setzt bei der Entwicklung des Straßennetzes auf Erhalt vor Neubau. Lediglich 18 Neubauvorhaben sollen bis 2025 gebaut werden; das Planungsvolumen umfasst 50 Millionen Euro. Damit nimmt Brandenburg Abschied von großen Plänen vergangener Zeiten: Noch 1995 waren 82 Straßenbauprojekte ausgerufen worden – nur 14 davon waren tatsächlich gebaut worden.

Verbraucherschutz- Strategie

Rot-Rot strebt - auch als Reaktion auf die jüngsten Lebensmittel-Skandale in Deutschland - einen stärkeren Verbraucherschutz an. Fachministerin Anita Tack (DIE LINKE) präsentierte Anfang August ihre "Verbraucherpolitische Strategie". Auf dem Weg zur Beschlussfassung im Kabinett und im Landtag ging es ihr um ein Höchstmaß an Transparenz bei der Erarbeitung und der Umsetzung. Dazu wurde im Internet speziell ein „Podium für Verbraucher“ als Diskussionsplattform eingerichtet. Verbraucherinnen und Verbraucher konnten zur Sprache bringen, in welchen Bereichen sie Schwierigkeiten hätten, ihre Rechte durchzusetzen oder wo die Überwachung durch staatliche Behörden stärker gefordert sei. Es gab insgesamt rund 6000 Wortmeldungen.

Tack betrachtet Verbraucherschutz als gemeinsame Kernaufgabe aller Politikfelder, sie will ihn daher in jeder Hinsicht interdisziplinär gestalten. Die Zusammenarbeit der Fachbehörden mit den Akteuren im Verbraucherschutz in Brandenburg, wie zum Beispiel Verbraucherschutzorganisationen und der Wissenschaft, soll ausgebaut werden.

Die Verbraucherforschung wird unterstützt und in die weitere Verbraucherpolitik einbezogen. In der Kooperation mit der Wissenschaft sind dabei die Konsumentenforschung und das Verbraucherverhalten sowie die Vernetzung vorhandener wissenschaftlicher Einrichtungen besonders hervorzuheben.

Die Verbraucherpolitik in Brandenburg berücksichtigt die Aspekte der Nachhaltigkeit. Die Verbraucher müssen in der Lage sein und auch dazu animiert werden, ihren Konsum nachhaltig zu gestalten. Hierzu soll auch ein Dialog zum nachhaltigen Konsum mit allen relevanten Akteuren in Brandenburg genutzt werden.

Zur Unterstützung der Verbraucherzentrale enthält der Haushaltsentwurf 2012 einen Aufwuchs für die Tarifentwicklung und für die Fortführung der deutsch-polnischen Verbraucherberatung.

Wahlalter 16: SPD und DIE LINKE einig

In Brandenburg soll das Wahlalter grundsätzlich auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Darauf einigten sich die Regierungsfractionen von SPD und DIE LINKE. Damit würden bei den nächsten Landtagswahlen 2014 erstmals auch Jugendliche teilnehmen können. Bislang liegt das Wahlalter in Brandenburg bei 18 Jahren. Auch bei Kommunalwahlen und Volksabstimmungen soll künftig Wahlalter 16 gelten.

In einer Anhörung im Brandenburger Landtag haben sich Experten mehrheitlich dafür ausgesprochen, bei Kommunalwahlen bereits 16-Jährige wählen zu lassen. Anlass war ein entsprechender Vorschlag der FDP-Fraktion. Viele Jugendliche seien gut informiert, erklärten Vertreter des Landesjugendrings. Was in Städten und Gemeinden entschieden werde, betreffe sie direkt. Mehrere Bundesländer, zum Beispiel Sach-

sen-Anhalt oder Nordrhein-Westfalen, haben das Kommunal-Wahlrecht ab 16 bereits eingeführt. Auch in Brandenburg zeichnet sich eine Mehrheit ab: SPD, DIE LINKE, FDP und Grüne sind dafür.

Arbeitnehmerfreizügigkeit seit 1. Mai 2011

Seit dem 1. Mai können Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (EU-8) hier in Deutschland ohne Begrenzung arbeiten. Damit wurde endlich europäische Normalität hergestellt.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen hat die rot-rote Landesregierung im März einen umfassenden Bericht vorgelegt. Darin wird deutlich, dass die Regierung eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin sieht, innerhalb der europarechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unsozialen Niedriglöhnen zu schützen. Berlin und Brandenburg werden sich - auch im Konsens mit den Gewerkschaften - weiterhin gegenüber der Bundesregierung für die entsprechenden Rahmenbedingungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein, insbesondere für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und seine wirksame und systematische Kontrolle in Deutschland. Darüber hinaus müssten missbräuchliche oder rechtswidrige Entwicklungen in den Branchen, in denen osteuropäische Arbeitskräfte vorrangig tätig sind, besonders sorgfältig beobachtet werden, auch zum Schutz der entsandten Arbeitskräfte vor Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingungen.

Im August beschloss der Landtag ausgehend von einem Antrag von SPD und DIE LINKE einen umfangreichen Katalog an landespolitischen Aufgaben im Zusammenhang mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die veröffentlichten Zahlen zur Zuwanderung ab dem 1. Mai allein wären kein Grund dafür gewesen. Denn - wie erwartet - hat keine massenhafte Zuwanderung gegeben: Rd. 24.000 Menschen kamen, um hier zu arbeiten (davon 20.000 in die "alten" Bundesländer). Das deutsche Fachkräfteproblem ist also durch Zuwanderung aus den östlichen Nachbarländern kaum zu lösen. Polen und andere Länder brauchen ihre gut ausgebildeten Fachkräfte im eigenen Land. Aufgrund der hohen Abwanderung nach Großbritannien, Irland und in andere Staaten ab 2004 ist der Spielraum für eine Arbeitsmigration nach Deutschland gering. Vor diesen Hintergrund erwecken auch die Initiativen unserer Wirtschaftskammern zur Gewinnung von polnischen Lehrlingen für hiesige Unternehmen in Polen nicht nur Freude.

Deshalb setzte der Beschluss einen Schwerpunkt auf eine andere Aufgabe: Brandenburg muss stärker mit polnischen Partnern an Projekten arbeiten, die junge Menschen für ein Arbeitsleben in der deutsch-polnischen Grenzregion aus- und fortbilden. Junge Leute könnten so in der Region gehalten werden. Die Politik muss an Tempo zulegen. Es geht mitnichten um ein „Weiter so“, wir wollen eine neue Qualität in der Zusammenarbeit. Ideen gibt es zahlreich. Wenn bei solchen Projekten auch EU-Fördermittel eingesetzt werden, wäre der Mehrwert europäischer Förderung für alle offensichtlich. In diese Ansätze flossen auch Erkenntnisse ein, die die Fraktion bei einer Anhörung mit Experten aus Arbeitsagenturen, von Gewerkschaften und Unternehmenverbänden Anfang März gesammelt hatte.

Entwicklungspolitik – Brandenburg in der Einen Welt

DIE LINKE setzt sich seit Jahren für einen höheren Stellenwert der Entwicklungspolitik in der Landespolitik ein. Die Mitverantwortung unseres Landes in einer globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die Förderung einer sozialen Infrastruktur in den Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie die Unterstützung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind für DIE LINKE seit langem wichtige Ansatzpunkte für die zu entwickelnde Nachhaltigkeitsstrategie des Landes werden. Entwicklungspolitischen Gruppen und Netzwerke sollten ihre Erfahrungen und Ideen dabei stärker einbringen können. Durch die rot-rote Koalition wird dies nun möglich.

Exemplarisch dafür steht das Verfahren der Erarbeitung der weiterentwickelten Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg: Gemeinsam arbeiten das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten und VENROB, das Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Akteure, daran, die Anforderungen an die

Entwicklungspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu formulieren. Nachdem im Dezember 2010 ein erster „Round Table“ mit entwicklungspolitischen Akteuren aus dem ganzen Land stattgefunden hatte, folgte im Juni 2011 Auflage Nummer 2: Beraten wurden nunmehr über einen ersten Entwurf der neuen Eckpunkte. Die dort geäußerten Vorschläge sollen in die Erarbeitung der Endfassung der Eckpunkte einfließen.

Dass Brandenburg 2012 nunmehr schon zum dritten Mal (im Haushalt ist dafür Vorsorge getroffen worden) Mittel zur Unterstützung entwicklungspolitischer Akteure ausreichen wird, was unter der SPD-CDU-Vorgängerregierung nicht möglich war, soll auch nicht unerwähnt bleiben.

Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen

Als Bundesland mit der längsten Grenze zur Republik Polen hat Brandenburg eine besondere Verantwortung, die auch mit spezifischen Aufgaben verbunden ist. Der 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages war deshalb für das Parlament Anlass, über die Beziehungen zwischen Polen und Brandenburg zu debattieren.

Auf der Haben-Seite, das machte der Bericht der Landesregierung, steht dabei vieles. Manches, was wir durch das Engagement vieler im Lande erreicht haben, ist bundesweit durchaus Spitze (etwa die Zahl der Polnisch lernenden Schüler oder die Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz), gemessen an unserer geografischen Lage und den dementsprechenden Aufgaben ist nicht wenig aber auch ausbaufähig. Deshalb hat DIE LINKE die Initiative zu einem gemeinsamen Antrag mit der SPD ergriffen, der einige wesentliche Handlungsanforderungen an die Landesregierung, aber auch an die Mitglieder des Landtages formuliert.

Der LINKEN geht es um eine stärkere Ausrichtung der Ressorts auf die Zusammenarbeit mit den westpolnischen Woiwodschaften, gerade in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Wissenschaft/Forschung. Eine wichtige Aufgabe ist eine enge Abstimmung mit den westpolnischen Partnern bei der Vorbereitung der neuen EU-Strukturfondsperiode ab 2014. Ausbaufähig ist auch die Zusammenarbeit aller Ressorts mit unseren unmittelbaren Nachbarn in Lubuskie (Lebuser Land); hier gibt es eine hohe Erwartungshaltung. Und schließlich ist im Rahmen der Oderpartnerschaft auch ein stärkeres Zusammenwirken mit den kommunalen Akteuren, vor allem den Euroregionen notwendig.

Die Lösung dieser Aufgaben ist nicht allein Sache der Regierung, sondern auch die Abgeordneten müssen dazu ihren Beitrag leisten. So entstand die Initiative für die Bildung einer regionalen deutsch-polnischen Parlamentariergruppe. Diese Gruppe soll sich zu einer Plattform entwickeln, von der aus deutsche und polnische Volksvertreter aus der Oder-Neiße-Region Ideen für mehr Begegnung und Zusammenarbeit in der Grenzregion entwickeln. Ein erster Gedankenaustausch zwischen den Parlamentariern aus Polen und Deutschland soll es in einer Konferenz am 16. Januar 2012 stattfinden.

Neue Ladenöffnungszeiten

Die Öffnungszeiten an verkaufsoffenen Sonntagen werden auf die Spanne von 13 bis 20 Uhr begrenzt. Bisher hatten Geschäfte zwischen 11.00 und 20.00 Uhr sieben Stunden öffnen können.

Land strebt Kauf von Seen an

Das Land Brandenburg will dem Bund die Seen abkaufen, die sich noch in dessen Besitz befinden. Dazu laufen derzeit Verhandlungen mit der BVVG. Die noch im vergangenen Jahr von der rot-roten Landesregierung geforderte kostenlose Übertragung scheiterte an der Haltung der Bundesregierung. Das Bundesfinanzministerium hat Brandenburg eine Liste mit 143 Gewässern vorgelegt, darunter 83 Seen.

Brandenburg will auf jeden Fall sicher stellen, dass die Seen nicht an Privatpersonen gehen. Nach dem Kauf soll zuerst mit den Kommunen über die weitere Nutzung der Gewässer geredet werden. Dabei geht es nicht nur um den Zugang zum Wasser, sondern auch um die Fischerei.

Die Privatisierung ostdeutscher Gewässer sorgt seit langem für Streit. Bis 2009 hatte der Bund sie meistbietend verkauft.

Moorschutzprogramm auf den Weg gebracht

Ende August forderte der Landtag auf Initiative der LINKEN die Landesregierung auf, ein Programm zum Schutz und zur Nutzung der Moore auf den Weg zu bringen. Damit sollen die weitere Degradierung der Mooreböden und die Freisetzung von Kohlendioxid gestoppt werden. Das Programm soll fachübergreifend von Vertretern aus Natur- und Ressourcenschutz, Landwirtschaft und Wissenschaft erarbeitet werden. Bis Ende 2011 werden eine mögliche Flächenkulisse benannt und mögliche Maßnahmen aufgelistet, bis 2013 sollen konkrete Beispielprojekte auf den Weg gebracht werden.

Agrarreform: Brandenburger Betriebe nicht benachteiligen

Landesregierung, Landtag und Fraktionen positionieren sich zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform der europäischen Agrarpolitik in der Förderperiode 2014-2020. Die zukünftige Förderpolitik wird maßgeblich die Zukunft der Landwirtschaft, aber auch des Ländlichen Raumes insgesamt bestimmen. Der Landtag hat im September die Landesregierung aufgefordert, sich für eine Gemeinsame Agrarpolitik einzusetzen, die eine günstige Entwicklung der brandenburgischen Landwirtschaft ermöglicht. An dem Vorschlag der EU-Kommission kritisieren Landtag und Landesregierung die vorgesehene Kappung der Direktzahlungen für größere Betriebe. Auf diese Weise werden die ostdeutschen Landwirtschaftsstrukturen benachteiligt. Entscheidend für die Förderung muss sein, dass die Flächen im Sinne des Gemeinwohls bewirtschaftet werden und nicht, ob der Betrieb klein oder groß ist.

DIE LINKE befürwortet den Ansatz der EU, ökologische und soziale Belange stärker als bisher bei der Agrarförderung zu berücksichtigen. Bei der Umsetzung der Förderprogramme im Land und bei der Aufstellung des Entwicklungsplanes für den Ländlichen Raum drängt DIE LINKE auf eine starke parlamentarische Begleitung.

Neues Richtergesetz

Der Landtag hat ein neues Richtergesetz beschlossen. Damit würden die Länder Brandenburg und Berlin auf dem Gebiet der Justiz noch enger zusammengeführt, sagte Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE). Die Neuregelungen betreffen unter anderem die Ernennung und Versetzung von Richtern, die personelle Zusammensetzung und die Entscheidungsfindung des Richterwahlausschusses.

Für die Sorben – mit den Sorben

Am 26. August fand der nunmehr schon 9. Sorbische Tag der Landtagsfraktionen der LINKEN aus Sachsen und Brandenburg statt. Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem effektivsten Modell künftiger Vertretung der Interessen des sorbischen Volkes, der Zukunft des zweisprachigen Schulwesens in der Lausitz und der Struktur der sorbischen Institutionen. DIE LINKE machte dabei erneut deutlich, dass sie für eine Kultur- und Bildungsautonomie des sorbischen Volkes steht. Ob diese selbst bestimmte Interessenvertretung besser durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine Stärkung des eingetragenen Vereins verwirklicht werden kann, müssen die Sorben selbst entscheiden. Der anhaltende Zerfall des sorbischen Schulnetzes und die teilweise selbst zerstörerischen Streitigkeiten um Strukturen von Institutionen, über deren Rahmen in der

Stiftung eine deutsche Mehrheit entscheidet, signalisieren Handlungsbedarf. DIE LINKE hält die Körperschaft des öffentlichen Rechts einschließlich eines sorbischen Parlaments für eine Erfolg versprechende Perspektive, wenn die Sorben dieses Modell selbst wollen. Zugleich sagen wir klar: Eine Selbstverwaltung ist nur möglich, wenn es einen unbefristet garantierten Finanzrahmen mit jährlichem Inflationsausgleich gibt, da „Autonomie“ ansonsten hieße, dass die Sorben die „Freiheit“ haben, ihre Institutionen selbst zu schließen.

Lobby-Register für Brandenburg

SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam die Erarbeitung eines öffentlichen Registers der Interessenvertretung auf den Weg gebracht. Dabei will man mehr als nur eine öffentliche Liste von Lobby-Organisationen, wie sie der Bundestag führt und die CDU forderte. Unter Mitwirkung der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände sollen im Landtag bis Februar 2012 entscheidungsreife Vorschläge entstehen.

Mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen

Nachdem die rot-rote Landesregierung im Herbst 2010 mit der Neufassung ihres Corporate Governance Kodex des Landes bereits einen ersten Schritt getan hatte, forderten die Koalitionsfraktionen von der Regierung im Sommer 2011, dass weitere Änderungen für mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen erfolgen. Grundlage sollen die Corporate Governance-Berichte der privatrechtlichen Unternehmen, an denen das Land Brandenburg unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, sowie von Erfahrungen im Bereich der unternehmerisch tätigen landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Körperschaften, Anstalten, Stiftungen) sein. Der Landtagsbeschluss fordert die Landesregierung auf, die brandenburgischen Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Transparenzvorschriften für kommunale Unternehmen zu unterstützen.

Bodenreform-Affäre: Land an Erben zurück

Im Dezember 2007 hatten die obersten Bundesrichter Brandenburg und der damaligen Landesregierung in einem Urteil vorgehalten, sich in sittenwidriger Weise früheres Bodenreformland angeeignet zu haben. Die Grundstücke hatten nach 1990 an die Erben früherer Neubauern zurückgegeben werden sollen. In den Fällen, in denen sich keiner meldete, gingen die Flächen zunächst in die Verwaltung der Länder über. Brandenburg hatte sich unter der Vorgängerregierung vor Ablauf der gesetzlichen Frist im Oktober 2000 in etwa 7400 Fällen als Eigentümer ins Grundbuch eintragen lassen.

Unter Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) wurde die Suche nach Erben weiter intensiviert. Bisher gingen rund sechs Prozent der Grundstücke an die Erben - 434 der etwa 7400 Grundstücke. In weiteren 2762 Fällen steht nach Aussage des Finanzministeriums zumindest der einstige Eigentümer wieder im Grundbuch, auch wenn die Erben noch nicht ermittelt sind.

Finanzminister Helmuth Markov hat angekündigt, die zu Unrecht angeeigneten Flächen aus der Bodenreform so schnell wie möglich wieder abzugeben und will die Suche nach rechtmäßigen Erben erleichtern. Bis zum Sommer 2011 sollen entsprechende Streichungen aus den Grundbüchern beantragt und die Flurstücke öffentlich bekannt gegeben werden, so dass Eigentümer ermittelt werden können.

Konfliktlinien

„Arbeit für Brandenburg“ – Bundespolitik gefährdet ÖBS

Dem Programm „Arbeit für Brandenburg“, mit dem in Brandenburg die Existenz sichernde, sozialversicherungspflichtige und überjährige Stellen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor eingerichtet werden, bricht wegen bundespolitischer Fehlentscheidungen die finanzielle Grundlage weg. Das Land stellt 40 Millionen Euro bereit, um Bundesprogramme so aufzustocken, dass die Betroffenen einen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro erhalten. Eigentlich sollten damit 6500 öffentlich geförderte Stellen bis 2013 entstehen. Doch dafür fehlt nach den Sparbeschlüssen der Bundesregierung nun Geld; das Programm „Bürgerarbeit“ eignet sich kaum als Basis für den ÖBS.

Von den in der ersten Programmtranche bis Ende 2011 geplanten 2.500 Stellen sind bis September nach Auskunft des Arbeitsministeriums 1.500 geschaffen worden. „Angesichts der dramatischen Kürzungen ist das gar nicht schlecht“, sagt der arbeitsmarktpolitische Sprecher Dr. Andreas Bernig.

Für DIE LINKE bleibt eine die Existenz sichernde Entlohnung das entscheidende Kriterium des Programms „Arbeit für Brandenburg“.

Brandenburg scheitert im Bundesrat mit Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn

Die SPD-geführten Bundesländer haben im Bundesrat erneut einen Vorstoß zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes unternommen. Ein Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Bremen, Nordrhein-Westfalen sowie Berlin, Brandenburg und Hamburg fand jedoch erwartungsgemäß keine Mehrheit. Ein allgemeiner Mindestlohn sollte nach dem Willen der Antragsteller vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern ein existenzsicherndes Einkommen sichern. Festgelegt werden sollte er von einer Kommission unter Beteiligung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Wissenschaftlern. Die Lohnuntergrenze sollte zugleich Teilzeitbeschäftigte vor Niedriglöhnen schützen.

Tack für höhere Löhne beim Medizinpersonal

Die brandenburgische Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE) hat im Zusammenhang mit der Juli-Tagung der Gesundheitsminister von Bund und Ländern eine bessere Bezahlung für Krankenschwestern und Pfleger gefordert. Damit müsse verhindert werden, dass junge Leute in die alten Bundesländer abwandern. Außerdem müsse man die Zugangshürden für die Ausbildung senken. Die LINKE-Politikerin fügte hinzu, die Lücke in den medizinischen Berufen lasse sich nicht mit Kräften aus osteuropäischen Ländern schließen, weil es dort auch einen Mangel an qualifiziertem Personal gebe.

Flächen für ortsansässige Landwirte sichern

Brandenburg wird sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, die Verwertungspraxis der BVVG dahingehend zu ändern, dass die Grenze für den Direkterwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Pächter erhöht wird. Einen entsprechenden Antrag hat der Landtag beschlossen. Die rot-rote Koalition will, dass die Privatisierungspraxis landwirtschaftlicher Flächen durch die BVVG am Ziel des Erhaltes gewachsener landwirtschaftlicher Strukturen und wettbewerbsfähiger Betriebe ausgerichtet wird. Eine Erhöhung der Grenze, etwa von 450 ha auf 650 ha, würde es den größeren Betrieben ermöglichen, mehr Flächen für die eigene Produktion zu sichern und würde den Umfang der Fläche vermindern, die öffentlich ausgeschrieben werden muss.

Fortschreibung der Altschuldenentlastung für Wohnungsunternehmen

In einem von allen Fraktionen getragenen Antrag setzt sich der Landtag dafür ein, wegen der hohen Bedeutung einer Altschuldenentlastung für den weiteren erfolgreichen Fortgang des Stadtumbaus Ost unverzüglich eine verbindliche Anschlussregelung zur bisherigen Altschuldenentlastung herbeizuführen. Abrisse, die im Vorgriff auf diese Anschlussregelung durchgeführt werden, sollen als förderunschädlich betrachtet werden, auch wenn dies zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Förder- oder Entlastungszusage darstellt. Die Anschlussregelung soll spätestens ab dem Haushaltsjahr 2012 einsetzen und für die gesamte Laufzeit des Programms Stadtumbau II, also bis 2020, gelten.

Kampf gegen Fluglärm

Zehntausende Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und in den südlichen Bezirken Berlins haben sich zum Protest gegen die absehbare Belastung durch Fluglärm mit Inbetriebnahme des Flughafens in Schönefeld erhoben. Konkrete Anlässe waren einerseits die Festlegung der Flugrouten durch die bundeseigene Deutsche Flugsicherung (DFS), andererseits die Nachtflug-Regelungen, die noch zu Amtszeiten der rot-schwarzen Landesregierung getroffen worden waren.

DIE LINKE hat die politische Standortentscheidung für das im dicht besiedelten Speckgürtel Berlins liegende Schönefeld von Beginn an für falsch gehalten. Sie ist der Grund allen Übels und wurde 1996 durch die Bundesregierung unter Helmut Kohl, mit dem Verkehrsminister Wissmann - beide (CDU), das Land Berlin - mit Eberhard Diepgen (CDU) und das Land Brandenburg - mit Manfred Stolpe (SPD), getroffen. Trotz unserer Standortablehnung steht DIE LINKE in Brandenburg seit November 2009 mit Rot-Rot auf Landesebene in politischer Verantwortung zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BER). Was vor unserer Regierungsbeteiligung beschlossen, verhandelt und entschieden worden ist, können wir nicht „wegbeschließen“. Das heißt ganz konkret: Beschlüsse und Gerichtsentscheidungen zum Flughafen sind in Kraft. Insoweit stand und steht für uns die Aufgabe, die Folgen dieser Standortentscheidung für die betroffenen Menschen so gering wie möglich zu halten. Rechtlich gilt, was im Planfeststellungsergänzungsbeschluss zu den Flugbetriebszeiten steht. Dieser wurde mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig am 13. Oktober 2011 rechtskräftig. Eine Änderung dieser Position im Vorfeld konnten wir gegenüber der SPD nicht durchsetzen. Und trotzdem sind die Erwartungen an DIE LINKE-Landtagsfraktion sehr groß. Eins aber ist auch klar: Das Land Brandenburg hat als einer von drei Eigentümern nicht die Mehrheit, um veränderte Betriebszeiten zu erwirken. Ebenso wenig kann Brandenburg eine landesgesetzliche Regelung für den Lärmschutz am BER treffen. Das würde in Gesetzgebungskompetenzen des Bundes eingreifen und wäre verfassungsrechtlich nicht möglich.

Es steht außer Frage, dass die Vorschläge zu den Flugrouten der bundeseigenen Deutschen Flugsicherung zu einem großen Vertrauensverlust bei vielen Bürgerinnen und Bürgern geführt haben. Sie gingen bislang davon aus, vom Fluglärm nicht oder nur gering betroffen zu sein. Fehlende und widersprüchliche Informationen haben diese Verunsicherung bis heute noch vergrößert. Mit den neuen Anflugplänen in niedriger Höhe hat im Sommer 2011 die DFS der Glaubwürdigkeit einen weiteren Tiefschlag versetzt.

DIE LINKE in Brandenburg sieht vier grundsätzliche Regelungsbedarfe:

1. Die Festlegung der Flugrouten und der luftrechtliche Planfeststellungsbeschluss sind zwei voneinander getrennte Verfahren. Das Planfeststellungsverfahren in der Zuständigkeit der Planfeststellungsbehörde beim Land, die, sehr vereinfacht gesagt, über alles, was am Boden passiert, entscheidet und das Verfahren zur endgültigen Festlegung der An- und Abflugrouten, also das, was in der Luft passiert. Über letzteres befindet das Bundesaufsichtsamt per Rechtsverordnung nach Vorarbeiten der DFS. Und hierin liegt die Crux der Sache, denn beide Verfahren gehören von den Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten zusammen - sind aber getrennt. Längst überfällig ist die bundesgesetzliche Regelung, dass die Bürger und Gemeinden, die die Belastung eines Flughafens ertragen müssen, auch umfassend und von Anfang an in die Erörterung dieser Art Großprojekte einbezogen sind. Mitwirkung und Mitgestaltung sind Grundrechte, die ins Gesetz gehören.

2. Ausgehend vom Grundgesetz, das Gesundheit vor Wirtschaftlichkeit stellt, ist eine bundesgesetzliche Regelung zum konsequenten Nachtflugverbot für Flughäfen in dicht besiedelten Gebieten im Luftverkehrsgesetz festzuschreiben. Damit wäre ein für allemal klar, dass Großflughäfen in dicht besiedelten Gebieten nur mit konsequentem Nachtflugverbot möglich sind. Dem Schutzgut Gesundheit wäre gegenüber den wirtschaftlichen Interessen gesetzlich der Vorrang eingeräumt.

3. Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP im Bund, die den wirtschaftlichen Entwicklungen an Flughäfen bessere Möglichkeiten einräumen will, darf nicht umgesetzt werden. Es sind alle Gesetzesinitiativen zu unterstützen, die sich gegen eine weitere Aufweichung der Nachtflugregelung richten.

4. In Verantwortung der Gesellschafter Bund, Berlin und Brandenburg bleibt noch viel zu tun, um Lärmbelastungen weiter zu reduzieren. Für die vom Betrieb des Flughafens ausgehenden Belastungen muss für die Anwohner ein gerechter Ausgleich gefunden werden. Für DIE LINKE in Brandenburg gilt es, alle lärmindernden Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Das betrifft lärmindernde An- und Abflugrouten, einschließlich eines auf Lärmvermeidung ausgerichteten, betrieblichen Flughafenmanagements, den Einbau zusätzlicher Schallschutzmaßnahmen an Wohnhäusern, Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen und das Gesundheitsmonitoring. Die Interessen der Anwohner sind ernst zu nehmen und haben Priorität!

Der Bau einer dritten Start- und Landebahn ist am Standort Schönefeld nicht umsetzbar.

Schatten der Vergangenheit

Im Zentrum von "Stasi-Enthüllungen" stehen Polizei und Justiz des Landes. Zwei Wachenleiter und der Pressesprecher der Cottbuser Polizei wurden durch Enthüllungsgeschichten in den Medien früherer IM-Tätigkeit bezichtigt. Einer Sozialrichterin wurde vorgeworfen, wegen früherer Stasi-Kontakte dürfe sie in Fällen von Opfern politischer Verfolgung in der DDR entscheiden.

Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) musste im Rechtsausschuss die von seiner CDU-Amtsvorgängerin übernommenen Zahlenangaben über Richter_innen, Staatsanwält_innen und Vollzugsbeamt_innen mit früherer Stasi-Verbindung nach oben korrigieren. Eine erneute Generalüberprüfung aller in der Justiz Beschäftigten lehnen Schöneburg und DIE LINKE ab. Bei Staatsanwält_innen und Vollzugsbeamt_innen ist dies rechtlich nicht mehr möglich, bei rd. 850 Richter_innen angesichts von 13 bereits bei deren Wahl bekannten Fällen von Stasi-Kontakten nicht verhältnismäßig.

Innenminister Woidke (SPD) streitet mit dem neuen BstU-Chef Jahn darüber, dass er Vorwürfe aus den Medien erfährt, aber keinerlei Möglichkeiten bekommt, diese anhand der Akten zu überprüfen. Jahn selbst drängt Brandenburg zu einer neuen Regelnfrage. Die Diktatur-Beauftragte des Landes, Ulrike Poppe, sieht unter dem vergangenheitspolitischen Druck Bewegung im Land, das immer wieder als "kleine DDR" mit zu wenig kritischer Distanz zur Geschichte dargestellt wird.

Neuester Fall von "Stasi-Enthüllungen" ist der OB-Kandidat der SPD für die Stadt Brandenburg/H. Hier streiten Frau Poppe und die SPD über die Frage, ob der Kandidat angesichts nicht vorliegender Verpflichtungserklärung und anderer offener Fragen als IM anzusehen ist oder nicht.

Die Grünen haben die Vorgänge zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Landtag (Mai 2011) gemacht und dazu einen Entschließungsantrag eingebracht, der auf eine erneute Generalüberprüfung aller Richter zielt und die Angelegenheit zudem an die Enquete-Kommission überweist.

Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) hat die Stasi-Debatte in Brandenburg kritisiert und zugleich regelmäßige Überprüfungen im Öffentlichen Dienst abgelehnt. Bei der Beurteilung von Menschen, die in der DDR Stasi-Kontakte hatten, müsse auch deren inzwischen mehr als 20 Jahre währende Arbeit in der Demokratie berücksichtigt werden, sagte Platzeck. DIE LINKE-Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser sprach von einer Sommerlochdebatte, die über weite Strecken an den Realitäten vorbei gehe. Damit habe sich ein Trend fortgesetzt, der in der jüngsten Zeit die Arbeit der Enquetekommission zunehmend überschattet habe.

Die Enquete-Kommission zum Umgang Brandenburgs mit der DDR-Geschichte und zum Transformationsgeschehen seit 1990 ist vor der Sommerpause in die bislang schwierigste Phase ihrer Arbeit eingetreten. Gutachten und Diskussionen in der Enquete zeichneten bisher ein differenziertes Bild und ließen keine einseitige Politisierung zu. Das Bild von Brandenburg als einem Land, in dem frühere DDR-Eliten und Stasi-Mitarbeiter

hohiert werden und das sich einer kritischen Sicht auf die Vergangenheit verweigert, hat die Enquetekommission nicht bestätigt. Im Gegenteil: Erst in der jüngsten Sitzung zeigte sich, dass an den brandenburgischen Schulen und Hochschulen, in der beruflichen Bildung und in der politischen Bildung die Auseinandersetzung mit der DDR, mit der friedlichen Revolution und mit der Wiedervereinigung ein stets präsent Thema ist. Das Gewicht dieser Themen hat seit dem Amtsantritt der rot-roten Regierungskoalition sogar noch zugenommen. Seitens der Oppositionsvertreter und der von ihnen vorgeschlagenen Gutachter wird dennoch mit Nachdruck am Bild von der "kleinen DDR", dem "Schweigekartell", der mangelnden kritischen Aufarbeitung und mangelnder Unterstützung der Opfer sowie vom Vorhandensein "alter Seilschaften" gearbeitet.

DIE LINKE wie die Koalition insgesamt erwarten, dass es in der Kommission tatsächlich um unser Land Brandenburg, um seinen gesellschaftlichen Weg in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geht – und nicht darum, längst verlorene parteipolitische und ideologische Schlachten noch einmal zu schlagen.

Die Enquetekommission muss stattdessen ihre Arbeit solide zu Ende führen. Das ist wichtig, denn sie deckt in der Tat Lücken und Fehlentwicklungen auf. Das betrifft auch die Wiedergutmachung gegenüber den Betroffenen stalinistischer Verfolgung – was besonders schmerzlich ist. Hier kann und muss das Land schnell handeln – etwas bei der Einführung von Widerspruchsmöglichkeiten gegen Entschädigungsbescheide. Gezeigt hat die Debatte in der Kommission zugleich, dass hier nicht allein das Land alles heilen kann, sondern dass auch der Bund weiter gefordert bleibt.

Streit um Umgang mit EU-Geldern

In einem Streit über den Umgang mit EU-Fördermitteln hat die Opposition den Rücktritt von Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) verlangt. Begründung: Das Grundvertrauen sei nicht mehr vorhanden, weil Markov das Parlament über eine seit Herbst 2010 bestehende Sperre von EU-Fördermitteln nicht informiert habe. Laut Markov handelte es sich um eine "Zahlungsunterbrechung" von 42,6 Millionen Euro aus dem Strukturfonds „EFRE“. Wie von Markov gegenüber dem Parlament angekündigt, wurden die Kritik der EU zügig geprüft und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen, so dass die Kommission die Auszahlung der Mittel zwischenzeitlich wieder aufnehmen konnte. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) betonte, dass die Zahlungsunterbrechung auf die Investitions- und Fördertätigkeit des Landes keinen Einfluss hatte.

Schulen in freier Trägerschaft

Mit einer Volksinitiative "Schule in Freiheit" machen sich die Schulen in freier Trägerschaft und deren Anhänger gegenüber der Landesregierung stark. Die Initiatoren fordern, dass künftig 85 Prozent der Gesamtkosten übernommen werden, wie es etwa in Hamburg und Nordrhein-Westfalen bereits der Fall ist. Zugleich geht es um eine größere Unabhängigkeit der Schulen – aller Schulen, auch der staatlichen. Sie sollen künftig selbstständig über ihr Personal und die Verwendung der Gelder entscheiden dürfen.

Hinter der Initiative stehen die Arbeitsgemeinschaft Freie Schulen Brandenburg, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Bürgerinitiative Omnibus für direkte Demokratie. Unterstützt wird sie auch von den drei Oppositionsparteien CDU, FDP und Grüne.

Vor dem Landtag in Potsdam haben nach der Sommerpause rund 7000 Schüler, Lehrer und Eltern gegen die von der rot-roten Landesregierung geplanten Änderungen bei Zuschüssen für Freie Schulen demonstriert. Anlässlich dessen wies der jugendpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Torsten Krause, den Vorwurf, einen „Kahlschlag“ bei Schulen freier Trägerschaft zu forcieren, zurück.

Die Koalition hatte sich veranlasst gesehen, die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft auf eine neue, ausgewogene Grundlage zu stellen und sie den Realitäten, nicht zuletzt den Folgen der demografischen Entwicklung, anzupassen.

DIE LINKE in Brandenburg ist für Schulvielfalt inklusive freie Schulen – sieht die aber im Land auch als gegeben an. Zugleich hält sie daran fest, dass Bildung in erster Linie eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsor-

ge ist und dementsprechend in allen Landesteilen ein erreichbares öffentliches Angebot vorgehalten werden muss. Hier aber gibt es bereits Probleme.

Während zwischen 2004 und 2008 fast 200 öffentliche Schulen geschlossen wurden (von 935 auf 738) wurden fast 50 Schulen in freier Trägerschaft (von 109 auf 158) zugelassen. Heute gibt es bereits 166 Schulen in freier Trägerschaft. Die einzigen finanziellen Aufwüchse gab es bei den Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft.

Jetzt geht es nach Ansicht der LINKEN darum, annähernd gleichartige Wettbewerbsbedingungen für öffentliche und private Schulen zu schaffen – die einen dürfen nicht auf Kosten der anderen „ausgeblutet“ werden. Und es muss ein qualitativ gutes Angebot an öffentlichen Schulen vorgehalten werden. Gleichwertige Bedingungen sind zu schaffen, z.B. vorgeschriebene Klassengrößen und Mindestschülerzahlen bei öffentlichen Schulen – freie Dispositionen bei freien Schulen.

Schöneburg gegen Gerichtsgebühr

Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) hat die Forderungen der CDU nach einer Gebühr für Klagen vor den stark ausgelasteten Brandenburger Sozialgerichten abgewiesen. Der Zugang zu einem schnellen und fairen Gerichtsverfahren dürfe nicht vom Geldbeutel abhängig sein, sagte Schöneburg. Im Jahr 2009 seien mehr als die Hälfte der knapp 8400 Klagen von Hartz-IV-Empfängern in Brandenburg erfolgreich gewesen. Deshalb könne kein Missbrauch unterstellt werden, wie es die CDU tue, sagte Schöneburg weiter.

Abwasser: Belastungen für Altanschießer – DIE LINKE kämpft weiter

Eigenheimbesitzer, deren Grundstücke vor dem 3. Oktober 1990 Trink- und Abwasseranschlüsse erhalten haben, kommen voraussichtlich um nachträgliche Beitragszahlungen nicht herum. DIE LINKE ist zwar nach wie vor dafür, dass die Altanschießer nicht zahlen müssen. Sie kann sich aber gegenüber ihrem Koalitionspartner SPD in dieser Frage nicht durchsetzen. Die SPD sei leider nicht bereit, das Gesetz zu ändern, das sie einst mit der CDU beschlossen habe, bedauerte Stefan Ludwig. Die SPD halte das Gesetz weiterhin für »zweckdienlich«, sagte der Vizevorsitzende der Linksfraktion im Landtag. Die LINKE setze nun darauf, dass die Altanschießer nicht die vollen Beiträge, sondern nur reduzierte Beträge zahlen müssen. Das geltende Gesetz eröffne diese Möglichkeit.



www.dielinke-fraktion.brandenburg.de